

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindörner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Zusätze für die viergespaltene Beilagen- oder deren Raum 1 M.
Bergnütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Die Holzindustrie nach dem Kriege.

II.

Die meisten und hauptsächlichsten Zweige des Holzgewerbes produzieren vornehmlich für den Inlandsbedarf. Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den anderen Ländern sind uns aber, auch vom Standpunkt des Angehörigen der Holzindustrie, nicht gleichgültig. Wir verarbeiten sehr erhebliche Mengen von Rohstoffen, die aus dem Ausland kommen, und für manche Zweige der Holzindustrie spielt der Export eine sehr bedeutende Rolle.

Von unserem wichtigsten Rohstoff, dem Holz, werden in Deutschland große Mengen hervorgebracht. Nach der Ausnahme vom Jahre 1900 betrug der jährliche Ertrag an Nadelholz aus den deutschen Forsten mehr als 20 Millionen Festmeter. Diese Menge reicht jedoch bei weitem nicht zur Deckung des Bedarfs aus. Vornehmlich sind wir auf die Einfuhr von Laubhölzern angewiesen. Aber auch die heimische Produktion an Nadelhölzern ist unzureichend; Rußland und demnächst Oesterreich-Ungarn waren unsere wichtigsten Einfuhrländer auch für Nadelholz. Während des Krieges sind unsere heimischen Waldbestände stark in Anspruch genommen worden. Die Sägewerke waren und sind noch sehr reichlich beschäftigt zur Befriedigung des hohen Heeresbedarfs an Holz für die verschiedenartigsten Zwecke. Nach dem Kriege wird der Holzbedarf für die Friedenswirtschaft nicht geringer sein.

In unseren wichtigsten Importländern, besonders in Rußland, haben auch die Wälder schwer unter den Kriegswirkungen gelitten, es ist deshalb möglich, daß die Holzeinfuhr nicht so bald die frühere Höhe erreicht. Abgesehen von den Holzverhältnissen, auf die wir hier nicht näher eingehen können, spielen für die Einfuhr auch die Transportmittel eine wichtige Rolle. Bei der Holzeinfuhr aus Rußland kommen sie jedoch wenig in Betracht, da das Holz hauptsächlich auf den Strömen geflößt wird. Die Frage nach der Beschäftigung der Sägewerke nach dem Kriege ist demnach in erster Linie eine Frage der Rohstoffversorgung. Damit dürfte es vielleicht einige Schwierigkeiten geben. Sie werden aber nicht überragend ins Gewicht fallen, da man sich sicher bemühen wird, den etwaigen Ausfall bei der Einfuhr durch verstärkten Einschlag in den heimischen Forsten zu decken. An die Produkte der Sägewerke werden das Baumgewerbe und die Tischlerei starke Anforderungen stellen.

Die Bau- und Möbeltischlerei ist in ihrem Wohlergehen in hohem Maße von dem Umfang der Bautätigkeit abhängig. Die Bautischlerei insbesondere zählt direkt zu den Baubewerben. Wenn man den voraussetzlichen Umfang der Bautätigkeit nach dem Kriege allein nach dem vorhandenen Bedürfnis beurteilen dürfte, dann muß man mit einer geradezu glänzenden Baukonjunktur rechnen. Die private Bautätigkeit hat lange geruht, so daß jetzt schon ein empfindlicher Wohnungsmangel besteht, der voraussichtlich nach der Rückkehr der Kriegsteilnehmer beängstigende Formen annehmen wird. Bereits sind von den Zentralstellen Anregungen gegeben worden, wie das Wohnungsbedürfnis nachdrücklich befriedigt werden kann. Mit diesen Vorschlägen an die Gemeindeverwaltungen ist aber nicht viel anzufangen. Der Bau von Wohnungen, besonders von kleinen Wohnungen, muß tatkräftig in Angriff genommen werden. Nach dem Kriege muß sich eine rege Bautätigkeit entfalten, und dafür müssen rechtzeitig Vorbereitungen getroffen werden durch die Bereitstellung der erforderlichen Baumaterialien.

Ein wichtiges Hindernis für die Entfaltung einer regen Bautätigkeit wird die Schwierigkeit der Beschaffung von Baugeldern sein. Der hohe Zinsfuß des Leihkapitals wirkt abschreckend. Es ist aber keineswegs notwendig, die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der letzten Initiative zu überlassen. Der Bauprelant, der billiger und schneller baut, um die errichtete Wohnstätte recht bald mit Nutzen zu verkaufen, ist eine wenig erfreuliche Erscheinung unseres Wirtschaftslebens; seine Ausmerzungen würde keine Lücke hinterlassen. Die öffentlichen Körperlichkeiten, Staat und Gemeinde, müssen die gemeinnützige Bautätigkeit energisch fördern. Die Träger der Arbeiterbewegung müssen ihre angesammelten Kapitalien in weit höherem Maße noch als bisher zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit zur Verfügung stellen. Das Bedürfnis nach Wohnungen ist so dringend, daß es unbedingt befriedigt werden muß. Eine rege Bautätigkeit bedeutet aber auch gute Beschäftigung der Bautischlerei.

Indirekt fördert eine starke Bautätigkeit auch die Möbeldindustrie, doch kommen für die Beurteilung ihrer Aussichten noch einige andere Momente in Betracht. In weit höherem Maße als die Bautischlerei ist die Möbelfabrikation für den Bezug ihrer Rohmaterialien auf die Einfuhr vom Ausland angewiesen. Das gilt insbesondere für die ersten Holzarten, die zu Furnieren verwendet werden und fast durchgängig aus überseeischen Ländern bezogen werden. Das gilt auch für wichtige Materialien zur Veredelung, wobei in erster Linie Schellack zu nennen ist. Die überseeische Einfuhr wird für längere Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Der Unterseebootkrieg hat den Schiffsraum der Welt Handelsflotte stark

zusammenschmelzen lassen. Nach dem Kriege werden deshalb die Schiffsfrachten sehr teuer sein. Dieses Moment kommt aber erst in zweiter Linie in Betracht. Der Mangel an Schiffsraum wird es nicht gestatten, daß den Besitzern der Schiffe Freiheit in der Auswahl der Waren gelassen wird, die sie verfrachten wollen. Hier wird die Regierung strenge Vorschriften erlassen, und es ist selbstverständlich, daß hinter der Einfuhr von Nahrungsmitteln und sonstigen notwendigen Waren die Einfuhr von Luxusartikeln, zu denen auch die zur Veredelung von Möbeln erforderlichen Stoffe gehören, zurückstehen muß.

Die hohen Möbelpreise sind jetzt schon Gegenstand ernster Erwägungen, und es wird nach Mitteln gesucht, sie zu senken. Die gegenwärtigen Preise werden auch nach dem Kriege nicht gehalten werden können; sie werden aber schwerlich auf den Stand vor dem Kriege zurücksinken. Die Schwierigkeit der Beschaffung von Furnieren usw. wird jedoch bewirken, daß furnierte Möbel für längere Zeit einen außerordentlich hohen Preisstand behaupten werden. Furnierte Möbel werden ein Luxusartikel werden, den sich nur sehr wohlhabende Leute leisten können. Die vielfach auf dunklen Wegen erzielten Kriegsgewinne haben wohl die Zahl der Millionäre anwachsen lassen, aber das deutsche Volk in seiner Masse ist durch den Krieg arm geworden. Das wird man nach dem Kriege noch viel deutlicher merken als jetzt schon. Der Luxus wird dadurch notwendig eine Einschränkung erfahren; das werden wir auch in der Möbeldindustrie zu spüren bekommen. Für das Gewerbe braucht das jedoch nicht unbedingt ein Unglück zu bedeuten.

Ähnlich wie nach dem jetzigen Weltkrieg lagen die wirtschaftlichen Verhältnisse vor 100 Jahren, nach den napoleonischen Kriegen. Damals trug die Verarmung des Bürgertums zur Förderung des Wiedermeierstils bei. Die hervorstechendsten Eigenschaften der aus jener Zeit stammenden Möbel sind einfache Formen und Sparsamkeit in ornamentalem Schmuck. Dabei wurde auf gutes Material und solide Arbeit großer Wert gelegt. In ähnlicher Richtung dürfte sich die Möbelkunst nach dem Kriege entwickeln, wobei in Betracht kommt, daß die vor dem Kriege gepflegte neue kunstgewerbliche Richtung die erwähnten Vorzüge des Wiedermeierstils mit Vorliebe betonte und für sie eifrig warb. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden die modernen kunstgewerblichen Bestrebungen mächtig fördern. Man wird weniger mit edlen Hölzern prunken, aber um so größeren Wert auf die Güte des Materials legen; weniger für Schmuck und Verzierungen aufwenden, dafür auf die Ausführung die größte Sorgfalt anwenden. Wenn dadurch der Sinn und das Verständnis für gute Tischlerarbeit in weitere Kreise verbreitet wird, dann wäre das auf das lebhafteste zu begrüßen. Daß es der Möbeltischlerei nach dem Kriege nicht an Aufträgen fehlen wird, dafür bürgen die städtischen und gemeinnützigen Organisationen zur Förderung der Möbelversorgung. Man kann schon die Aussichten der Bau- und Möbeltischlerei, wenn erst die erste schwierige Zeit überstanden ist, als günstig beurteilen.

Auch für die meisten anderen Zweige des Tischlergewerbes bieten sich günstige Aussichten. So dürfte es für Modelltischler und für die Tischler in den Maschinenfabriken nicht an Arbeit fehlen. Die jetzt in Betrieb befindlichen, für die Herstellung von Heeresmaterial hergestellten oder umgebauten Arbeitsmaschinen in den verschiedenen Industriezweigen sind auf das äußerste ausgenutzt worden; vieles davon ist reif, ins alte Eisen zu wandern. Fast noch schlimmer steht es mit den Maschinen der Transportmittel. Der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, verbunden mit der Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung nach Möglichkeit zu steigern, wird den Bau landwirtschaftlicher Maschinen stark fördern. Für die Erzeugung von Maschinen dürfte nach dem Kriege Hochkonjunktur herrschen, wozu auch die in den Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter profitieren werden.

Das gleiche gilt auch für die verschiedenartigen Betriebe zur Herstellung von Transportmitteln. Für die Erneuerung unserer Handelsflotte müssen große Anstrengungen gemacht werden; der Reichstag hat bereits gewaltige Summen für diesen Zweck bewilligt. Für die Werke eröffnet das die Aussicht auf eine Zeit flotten Geschäftsganges. Aber auch die Waggonfabriken, nicht minder die Automobil- und Wagenfabriken werden auch nach dem Kriege noch reichlich zu tun haben. Das rollende Material der Eisenbahnen und der Straßenbahnen ist auf das äußerste abgenutzt und bedarf in weitgehendem Maße der Erneuerung. Die in privatem Besitz gewesenen Automobile zur Personen- und zur Lastenbeförderung sind zum größten Teil von der Heeresverwaltung requiriert und im Kriege stark strapaziert worden. Was davon und von den Fahrzeugen mit Pferdebespannung nach dem Kriege dem bürgerlichen Gebrauch zurückgegeben werden wird, wird einer gründlichen Aufarbeitung und in weitgehendem Maße der Erneuerung bedürfen. Das läßt auch die Zukunft der Stellmacher in günstigem Licht erscheinen.

(Schluß folgt.)

Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.

(Schluß)

Der stetig wachsende Umfang des Aufgabekreises erfordert in Zukunft ein noch lebhafteres Interesse der Mitglieder an der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Dieses Interesse muß wachgehalten und gestärkt werden. Die fortschreitende Entwicklung der Lohnkämpfe zu den großen Tarifbewegungen bedingt eine immer größere Zentralisierung der Kräfte, darf aber der lebendigen Anteilnahme der einzelnen Mitglieder nicht hinderlich werden. Die von übelwollender Seite seither schon angegriffenen und verlästerten „Instanzen“ müssen sich in innigster Verbindung mit der Masse der Mitglieder halten. Der demokratische Aufbau der Organisation muß den veränderten Verhältnissen angepaßt bleiben, damit die Mitglieder stets die Möglichkeit behalten, mitzubestimmen und in allen wichtigen Fragen die Entscheidung selbst zu fällen. Vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Masse und Führer ist in der Zukunft noch notwendiger als bisher. Eine noch so tüchtige und erfahrene Führung kann die vielseitigen, immer neue Gebiete erfassenden Aufgaben der Gewerkschaften nicht erfüllen, wenn nicht die freudige und verständnisvolle Mitwirkung aller Mitglieder ihr zur Seite steht.

Die Leistungen der Gewerkschaften in der jetzigen Kriegszeit bilden gewissermaßen einen Abschluß und einen Anfang. Von dieser Zeit an muß ein neuer Abschnitt beginnen. Sie sind jetzt den Kinderschuhen für immer entwachsen. Der Kampf mit dem Unternehmertum wird selbstverständlich nicht aufhören, aber die beherrschenden Verfolgungen müssen jetzt auch für immer überwunden sein. Notwendigkeit und Nutzen der Gewerkschaften stehen nun für jedermann und für immer fest. Sie sind nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine staatliche Notwendigkeit — was man uns vor dem Kriege nicht glauben oder doch nicht zugeben wollte, im Kriege selbst aber einsehen mußte und nach dem Kriege nicht wieder ableugnen kann. Nicht nur die Arbeiterschaft braucht eine gemeinsame berufliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen, sondern auch die Staatsverwaltung braucht eine solche berufliche Vertretung der Arbeiterschaft. Erst in diesen Weihnachtstagen war wieder in der Presse zu lesen, daß die Regierung wegen eines schärferen Vorgehens gegen den Schleichhandel und der gleichzeitig beabsichtigten Aufhebung der Sonderversorgung mit Lebensmitteln durch die industriellen Werke „die Leiter dieser Werke und die Vertreter der Gewerkschaften wegen dieser notwendigen Neuregelung demnächst zu Konferenzen laden“ werde.

Zu solcher Mitarbeit waren die Gewerkschaften schon immer bereit, sie haben dieselbe nicht nur angeboten, sondern verlangt und als Forderung aufgestellt. Auch der Stimme der Arbeiter sollte Gehör geschenkt werden. Das geschieht jetzt im Kriege, wenn auch erst in bescheidenem Maße. Das Recht der Mitwirkung im Staate, soweit es sich um wirtschaftliche und sozialpolitische Dinge handelt, dürfen die Gewerkschaften sich in Zukunft nicht wieder rauben lassen, sondern müssen diese Betätigung ausdehnen auf alle staatswirtschaftlichen Gebiete, die mittelbar oder unmittelbar das Interesse der Arbeiterschaft berühren.

Die Stellung der Gewerkschaften zum Staat wird zukünftig im Grunde genommen dieselbe sein wie früher. Es ist ja niemals wahr gewesen, daß wir etwa staatsfremd oder gar staatsfeindlich gesinnt wären. Aus voller Ueberzeugung konnte also die Generalkommission der Gewerkschaften den kürzlich veröffentlichten Aufruf des Volksbundes für Freiheit und Vaterland mit unterschreiben, der auch den Satz enthält: „Nur in der Vereinigung kluger Realpolitik und volkstümlich-freiheitlicher Staatsordnung erblicken wir die Grundlagen eines modernen Großstaates.“ Ein solches Bekenntnis zum Staat haben die Gewerkschaften mit ihrer Zustimmung zu diesem Satz nicht zum ersten Male abgelegt. Wir haben nie den Staat belächelt und nie den Staat für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht. Auch wir Arbeiter gehören zum Staat, darauf haben wir selber stets den größten Anspruch erhoben und verlangt, daß man uns unseren Platz im Staat und unsere staatlichen Rechte gewähren sollte. Die Tätigkeit der Gewerkschaften im Staat wird also ganz natürlich von der Erwägung geleitet sein, daß die Arbeiter zwar nicht allein auf der Welt sind, sondern die übrigen Bevölkerungsklassen auch die Berücksichtigung ihrer berechtigten Interessen fordern können, daß aber die volle Gleichberechtigung der Arbeiter stets Anerkennung finden muß.

Eine politische Betätigung der Gewerkschaften halte ich jedoch auch in Zukunft nicht für wünschenswert, sondern im Gegenteil eine strenge Wahrung parteipolitischer Neutralität für erforderlich. Neutral sein in rein politischen Angelegenheiten heißt für mich allerdings nicht etwa, sich jeder praktischen Arbeiterpolitik zu enthalten. Durch die Vonderung des Vereinsgesetzes haben die Gewerkschaften während des Krieges sich das Recht zu weitgehender sozialpolitischer Betätigung errungen, und es ist nunmehr ihre Pflicht, dieses endlich anerkannte Recht in vollem Umfang auszunutzen. Sozialpolitik braucht nicht Parteipolitik zu sein, wohl aber werden die Gewerkschaften

Die in erster Linie als Arbeiterpolitik zu treiben haben. Die Ideengemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei und das freundliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften bleibt daneben hoffentlich für immer bestehen. Dazu ist das Interesse der sozialdemokratischen Partei an einer blühenden Gewerkschaftsbewegung und umgekehrt das Interesse der Gewerkschaften an einer erfolgreichen Parteibewegung viel zu groß. Die deutschen Gewerkschaften werden auch nie vergessen, was sie auf parlamentarischem Gebiet der sozialdemokratischen Partei — bisher leider nur ihr allein — für ihr mutiges und unermüdliches Eintreten für die Arbeiter zu verdanken haben. Voraussetzlich wird die Partei sich künftig mehr als bisher den politischen staatspolitischen Aufgaben widmen und davon mehr als früher in Anspruch genommen sein. Auch aus diesem Grunde müssen die Gewerkschaften es als ihre Aufgabe übernehmen, ihrerseits die Sozialpolitik zu fördern, damit diese nicht Schaden leidet, sondern erst recht vorwärtskommt. Das Zusammenwirken in dieser Beziehung mit den bestehenden anderen Gewerkschaftsrichtungen und den Angehörtenverbänden ist natürlich fortzusetzen und vielleicht sogar im ganzen noch inniger zu gestalten.

Ich konnte hiermit nur einige Hinweise geben, die natürlich die Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften bei weitem nicht erschöpfen. Im ganzen glaube und hoffe ich, daß die deutschen Gewerkschaften ihren alten Weg auch weiterhin gehen werden, dem unverrückbaren Ziel entgegen, der Arbeiterschaft den gebührenden höheren Anteil an dem Ertrag ihrer Arbeit und an den allgemeinen Kulturerrungenschaften zu verschaffen. Es war der rechte Weg, der uns zur jetzigen Größe und Stärke und zu unseren Erfolgen geführt hat. Diese aber reichen schon für die nächste Zukunft nicht mehr aus, sondern müssen sehr bald und sehr wesentlich noch vergrößert werden. In dem sich immer mehr ausdehnenden Pflichtenkreis sind hierzu neben innerer Erziehung auch neue Mittel und Methoden erforderlich. Der Krieg hat die Entwicklung mancher Verhältnisse ungeahnt beschleunigt, er hat vieles umgestürzt und Neues geschaffen. Wie er an seinem Menschengeschick spurlos vorübergegangen ist, so hat er auch uns Lehren erteilt. Ich zweifle nicht, daß diese Lehren ebenso wie diejenigen der Vergangenheit von den Gewerkschaften in voller Uebereinstimmung mit der Klasse der Mitglieder in Zukunft beachtet und befolgt werden, zum Nutzen der deutschen Arbeiterschaft.

Soziales.

Die Heilbehandlung durch die Versicherungsanstalten.

Unter den Leistungen der Träger der Invalidenversicherung erlangt die Heilbehandlung zur Verhütung vorzeitiger Invalidität eine immer größere Bedeutung. In einem an die Verhältnisse der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten gerichteten Sonderbericht des Reichsversicherungsamts werden die Ergebnisse dieses Zweiges der Tätigkeit der Versicherungsbehörden statistisch zusammengestellt. Daraus ergibt sich, daß im Jahre 1916 insgesamt 95.760 Personen, davon 38.958 Männer und 56.772 Frauen in Heilbehandlung genommen wurden. Hierfür wurden 20.846.108 Mark aufgewendet. Im Jahre 1915 waren 75.475 Personen mit einem Kostenaufwand von 17.974.552 Mark behandelt worden. Von den Ausgaben wurden im Jahre 1916 von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Gemeinden, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte usw. 4.588.921 Mark wiedererstattet, so daß zu Lasten der Träger der Invalidenversicherung noch 16.258.076 Mark verblieben.

Für die Heilbehandlung kommen hauptsächlich die Lungen- und die Tuberkulose in Betracht. Auf diese Krankheiten erkrankten von 1.469.359 Personen, die seit dem Jahre 1907 in Heilbehandlung genommen wurden, 576.691, das sind 39,2 Prozent der Gesamtzahl. Für sie wurden aber 64 Prozent der Kosten aufgewendet, nämlich 218.125.822 Mark von insgesamt 335.987.149 Mark Ausgaben für Heilbehandlung.

Wie auffällig wird die verhältnismäßig starke Zunahme der Lungen- und Tuberkulose ständig behandelten Frauen betont. Während in den letzten Friedensjahren nur etwa halb soviel Frauen wie Männer behandelt wurden, waren im Jahre 1916 die Zahlen für beide Geschlechter annähernd gleich groß. Auch bei den anderen Krankheiten, besonders beim Gelenksrheuma, ist die Zahl der behandelten Frauen bedeutend gestiegen. Das erklärt sich unseres Erachtens nicht aus der stärkeren Heranziehung der Frauen zur Erwerbstätigkeit. Dadurch wird die Erhaltung der Gesundheit um so wichtiger. Sehr viele Frauen, die früher der Invalidenversicherung nicht angehörten, wurden nach dem Eintritt in ein Arbeitsverhältnis zugleich mit dem Mann in die Versicherung eingeschrieben, ein Heilverfahren zu beantragen.

Von den im Jahre 1916 abgeleiteten Heilbehandlungen erkrankten auf ständig behandelte Lungen- und Tuberkulose 14.133 Männer und 14.615 Frauen, auf Gelenksrheuma 12.721 Männer und 12.721 Frauen, auf Herz- und Kreislaufkrankheiten 121 Männer und 94 Frauen. Unter den 1916 in Heilbehandlung ständig behandelten 8892 Männern und 10.176 Frauen hatten 25 Männer und 45 Frauen an Arteriosklerose, 29 Männer und 22 Frauen an Diabetes, 73 Männer und 97 Frauen an Syphilis und 194 Männer und 24 Frauen an Leishmaniose. Außerdem wurden noch 15.751 Männer und 21.151 Frauen wegen anderer Krankheiten in Heilbehandlung. Darunter 13.895 Männer und 21.715 Frauen wegen Gelenksrheuma (Gelenksrheuma).

Was die Statistik über die erzielten Erfolge ergibt, so zeigt sich, daß ein Erfolg erzielt wurde bei nicht nachweisbarer Tuberkulose bei 87 Prozent der Fälle, bei Tuberkulose bei 96 Prozent, bei Gelenksrheuma bei 91 Prozent, bei Herz- oder Kreislaufkrankheiten bei 55 Prozent der Fälle. Bei anderen Krankheiten wurde ein Erfolg erzielt in 59 Prozent der Fälle, darunter sind 30 Prozent bei denen in 57 Prozent der Fälle ein Erfolg erzielt wurde.

Die Statistik über die Kosten der Heilbehandlung zeigt, daß die Kosten der Heilbehandlung bei Lungen- und Tuberkulose die höchsten sind, nämlich 218.125.822 Mark, was 39,2 Prozent der gesamten Ausgaben für Heilbehandlung ausmacht. Die Kosten der Heilbehandlung bei Gelenksrheuma betragen 12.721.000 Mark, was 21,2 Prozent der gesamten Ausgaben für Heilbehandlung ausmacht. Die Kosten der Heilbehandlung bei Herz- und Kreislaufkrankheiten betragen 121.000 Mark, was 0,2 Prozent der gesamten Ausgaben für Heilbehandlung ausmacht. Die Kosten der Heilbehandlung bei anderen Krankheiten betragen 16.258.076 Mark, was 27,4 Prozent der gesamten Ausgaben für Heilbehandlung ausmacht.

ergibt sich, daß am Schluß der Behandlung 6 Prozent der Männer und 12 Prozent der Frauen tuberkulosefrei waren. Von den durch diese Statistik erfaßten 25.641 Tuberkulosekranken wurden 22.352 als erwerbsfähig und nur 3289 als invalid entlassen.

Aus dem Bericht erkennt man die große Bedeutung der Heilbehandlung. Die Versicherungsträger führen sie in erster Linie unter dem Gesichtspunkt durch, daß durch die Heilbehandlung eine vorzeitige Invalidität verhütet wird und damit Renten erspart werden. Damit geht natürlich Hand in Hand das Streben, den Gesundheitszustand der Volkskreise, aus denen sich die Versicherten rekrutieren, zu heben und die Sterblichkeit zu vermindern. Der Erfolg dieses Strebens kommt nicht nur den Behandelten und ihren Angehörigen, sondern unserer gesamten Volkswirtschaft zugute. Deshalb ist jede Ausdehnung der Heilbehandlung auf das lebhafteste zu begrüßen. Das hierfür aufgewendete Geld ist in jeder Beziehung gut angelegt.

Landesverrat.

Unsere Justiz hat sich zu der Ansicht durchgerungen, daß die Arbeitseinstellung in den Betrieben der Rüstungsindustrie Landesverrat sei. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß durch die Arbeitseinstellung die rechtzeitige Versorgung des Heeres mit Material verhindert wird. Somit bewirkt ein Streik die Schwächung der Wehrkraft, und das ist Landesverrat. Von den Massenstreiks, die Ende Januar begannen, ist es bekannt, daß sie in einer Zeit unternommen wurden, wo sehr viele Betriebe infolge Kohlen- und Materialmangels nur unzureichend beschäftigt waren. Durch die Arbeitspause konnte deshalb ein nennenswerter Schaden nicht verursacht werden; im Gegenteil, diese Pause wurde benutzt, um Kohlevorräte heranzuführen, die dann ein um so intensiveres Arbeiten ermöglichten. Trotzdem haben die außerordentlichen Kriegsgesetze die Befristung am Streik und die Aufforderung dazu für ausreichend erachtet, um viele Jahre Zuchthaus, Gefängnis und Festungshaft wegen Landesverrats und verjuchten Landesverrats zu verhängen.

Handelt es sich in diesen Fällen mehr um eine theoretisch angenommene Schwächung der Wehrkraft, so liegt eine tatsächliche ernste Schädigung der deutschen Kriegführung vor in dem Verhalten vieler landwirtschaftlichen Erzeuger, die ihrer Ablieferungsspflicht nicht nachgekommen sind und dadurch die Ernährung des Heeres gefährdet haben. Am 11. Februar trat der parlamentarische Beirat des Kriegsministeriums zu einer Sitzung zusammen, um sich mit einem dringlichen Antrag der Obersten Heeresleitung auf möglichst schnelle Lieferung erheblicher Mengen an Heu und Stroh als Pferdefutter zu beschäftigen. Dieser Antrag wäre nicht nötig gewesen, wenn die Landwirte ihre Vorräte pflichtgemäß abgeliefert hätten. Die Dringlichkeit des Bedürfnisses wurde natürlich anerkannt, und es soll mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigt werden.

Und welche Mittel werden angewendet? Werden die künftigen Erzeuger zur Verantwortung gezogen? Werden die zurückgehaltenen Vorräte beschlagnahmt und ihre Besitzer wegen Landesverrats angeklagt? Nichts von dem. Der Staatssekretär des Kriegsministeriums hat für diejenigen Landwirte, die ihre Ablieferungsfrist nicht erfüllt haben, eine Prämie ausgeworfen. Wenn sie jetzt abliefern, dann erhalten sie zurück den Höchstpreis. Diejenigen, die sich besonders brav erwiesen haben, weil sie mehr entbehren können, als sie abliefern verpflichtet waren, erhalten für dieses Mehr, sofern es bis Ende März abgeliefert wird, über den Höchstpreis hinaus eine besondere Vergütung von 120 Mark pro Tonne Heu und für die Lieferung im Wert um 80 Mark pro Tonne. Die besondere Vergütung für die Tonne Stroh beträgt 40 Mark.

Durch solche Prämierung einer landesverratlichen Pflichtverletzung wird natürlich erreicht, daß die Landwirte in ihrer Ablieferungsfrist erst recht tätig werden. Haben sie doch, wenn sie ihre Vorräte zurückhalten, um so höhere Preise zu erwarten. Trübe Erfahrungen hat man ja noch der Hinsicht schon reichlich gemacht. Unsere ganze Ernährungslage ist zu einem erheblichen Maße durch die Zurückhaltung großer Mengen Landesprodukte und ihre Verchiebung im Schleichhandel verursacht. Hier spricht man aber nicht von Landesverrat. Im Gegenteil, die Herrschaften, die allen Anlaß hätten, sich an ihre eigene Brust zu schlagen, schreien am lautesten über die Arbeiter, die in dieser Zeit zur Arbeitseinstellung traten. Sie fordern die härtesten Repressalien, und einer der radikalsten Agitatoren, der berüchtigte Junger Odenburg von Janssen, spricht unter dem Jubelnden Beifall seiner Parteigenossen auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte die Erwartung aus, daß ein Reichsanwalt auf das Volk losgehen lassen werde. — In der Welt geht es mitunter recht sonderbar zu, und man erlebt immer wieder eine Befestigung des alten Wortes: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe!

Erleichterter Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften.

Eine Bundesratsverordnung vom 19. Februar gestattet den Vorständen der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, ohne sie vorher der Bestätigung durch die Seilionsverträge zu unterbreiten und ohne die Mitwirkung der Gewerkschaftsvertreter in Anspruch zu nehmen. Die auf diese Art erlassenen Unfallverhütungsvorschriften treten mit Ende des Kalenderjahres außer Kraft, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendet ist.

Durch diese Verfügung soll der Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften erleichtert werden. Das ist zu begrüßen. Aber was nützen die neuen Unfallverhütungsvorschriften, wenn sie nicht beachtet werden. Die Befestigung des Betriebes durch die Berufsgenossenschaften ist sehr viel zu wünschen übrig. Eine Vernachlässigung der Unfallverhütung wäre fast noch notwendiger als der Erlaß neuer Unfallverhütungsvorschriften.

Der Kleiderwucher.

Unter den verschiedenen Arten von Wucher, unter denen die Bevölkerung leidet, ist der Kleiderwucher einer der bösartigsten. Die bürgerliche Kleidung ist ganz ungeheuer im Preise gestiegen; für weite Kreise der Bevölkerung ist sie unerschwinglich. Der Mangel an Rohstoffen reicht nicht aus, um die hohen Preise zu erklären. Es ist eine umfangreiche Organisation geschaffen worden, an deren Spitze die Reichsbekleidungsstelle steht. Zu deren Aufgabe gehört es, die Vorräte zweckmäßig zu verteilen und den Verbrauch zu regeln. Die Schwierigkeiten, die bei der Erlangung eines Bezugs für ein neues gemacht werden, genügen völlig, um Verschwendung zu verhüten. Dazu wären die Phantasiapreise für Kleider nicht erforderlich. Aber es ist eine Reihe von Zwischenhänden da, die an den Kleidern glänzend verdient. Von den Arbeitern kann man das nicht sagen, so sind z. B. die Textilarbeiter auch jetzt, während des Krieges, noch sehr jämmerlich entlohnt, um so fetter sind die Profite der Textilfabrikanten und der Kleiderhändler. Aufgabe der Reichsbekleidungsstelle wäre es gewesen, die Bevölkerung vor der Bewucherung durch diese Kreise zu schützen, statt dessen müssen wir es erleben, daß die Reichsbekleidungsstelle dem Kleiderwucher geradezu Vorschub leistet.

Der „Textilarbeiter“, das Organ des Textilarbeiterverbandes, druckt ein Rundschreiben des „Reichsverbandes für Herren- und Knabenbekleidung“ in Düsseldorf ab, welches ganz skandalöse Zustände enthüllt. Nicht umsonst heißt es am Kopfe dieses vom 17. Januar 1918 datierten Rundschreibens: „Streng vertraulich! Von nächstem an darf keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen.“ Der Inhalt des umfangreichen Schreibens läßt sich kurz gefaßt in folgender Weise wiedergeben: Die Reichsbehörde hatte die Beschlagnahme der Herren- und Knabenbekleidung in den Detailgeschäften vorgefunden. Den Bemühungen des Verbandes sei es aber gelungen, den vernichtenden Schlag abzuwenden, freilich nur unter der Bedingung, daß der Verband der Reichsbekleidungsstelle 250.000 Herrenanzüge liefere. Der Verband habe aber bei der Reichsbekleidungsstelle den weiteren Erfolg erzielt, daß die Ablieferer der Herrenanzüge auf den nachweislichen Fakturwert bis zu 50 Prozent zuschlagen dürfen. Am Schluß des vertraulichen Rundschreibens werden die Empfänger dann ersucht, dem Verband zu den von der Reichsbekleidungsstelle zugesagten günstigen Bedingungen 10 Prozent ihres Lagers anzubieten. Für den Fall, daß die 250.000 angeforderten Anzüge abgeliefert werden, hat der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung, Herr Geheimrat Dr. Bentler, in Gegenwart vieler Zeugen versprochen, den Verband bei Vergebung von Waren in erster Linie zu berücksichtigen. Dagegen will die Reichsbekleidungsstelle bei den Firmen, die nicht entsprechend ihrem Vorrat abliefern, und die der Organisation nicht angehören, eine Enteignung sämtlicher Vorräte vornehmen.

Die Kleiderhändler hatten alle Ursache, diese Laffachen möglichst geheim zu halten; sie haben mit der Reichsbekleidungsstelle ein neues Geschäft gemacht. Die Händler sollen 10 Prozent ihrer Vorräte abgeben und daran bis 50 Prozent verdienen. Daß man ihnen dazu noch viele gute Worte geben muß, läßt darauf schließen, daß sie gewöhnlich viel mehr zu verdienen. Zur Belohnung für den Patriotismus, den sie bekunden, wenn sie einen kleinen Teil ihres Lagers mit 50 Prozent Gewinn verkaufen, erhalten die Kleiderhändler die Freiheit, das Publikum nach Belieben auszulündern. Bei den angeforderten 250.000 Anzügen handelt es sich nach dem Rundschreiben um „Notstandsbekleidung“, für welche die Reichsbekleidungsstelle bis zu 200 Mark bewilligt. Danach kann man die Preise schätzen, welche die Händler für Anzüge fordern können, die nicht als Notstandsbekleidung gelten.

Dieser Handel zeigt eine Quelle des unerträglichen Kleiderwuchers, und man kann nicht gerade sagen, daß die Reichsbekleidungsstelle dabei eine glänzende Rolle spielt. Vielleicht findet diese Reichsbehörde noch Veranlassung, sich über die Angelegenheit öffentlich zu äußern. Wenn sie wirklich in der Weise arbeitet, wie es in der Darstellung des Verbandes der Kleiderhändler erscheint, dann braucht man sich über die Unverschämtheit, mit welcher der Kleiderwucher getrieben wird, nicht zu wundern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 9. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 7228 (JgdL) Karl Einert, Korbm., geb. 11. 4. 01 zu Mühlberg a. d. C.
- 76115 Marie Schwarz, Korbfl., geb. 13. 4. 95 zu Ostrohe.
- 782507 Clemens Beckwith, Tischl., 4. 8. 95 zu Springberg.
- 786880 Adam Pachowicz, Tischl., geb. 28. 11. 84 zu Lubasz.

Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Korbmacher.

Von den verhandten Jahre-berichten ist bisher erst die Hälfte eingegangen. Es fehlen eine ganze Anzahl Orte mit ganz bedeutenden Betrieben der Korbherstellerei. Wir bitten daher wiederholt um sofortige Einsendung an den Unterzeichneten.

Ferner machen wir die Kollegen und Kolleginnen aufmerksam, daß es nicht ist, für unbedingte Durchhaltung der verhandelten Vereinbarungen zu sorgen und gleichzeitig allerdings für Gewinnung neuer Mitglieder für unsern Verband energig zu wirken.

A. W. Paul Bräuner,
Berlin SO. 36, Wiener Straße 38.

Unsere Lohnbewegung.

Lohnbewegungen im Gau München.

Das Bestreben der Kollegen in den Nichtschuhverbandsorten, gleichfalls der Erzeugenschaften der zentralen Vereinbarung vom 27. November 1917 teilhaftig zu werden, veranlaßte den Gauvorstand, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten. Unsere Erfolge sind bis jetzt recht zufriedenstellend. Bei der Firma Uhlmann u. Co. in Ingolstadt wurde der Tarifvertrag erneuert und eine Vereinbarung abgeschlossen, welche den Kollegen eine weitere Teuerungszulage von 10 Pf. pro Stunde bringt. Der Mindestlohn konnte auf 95 Pf. festgesetzt werden. Die Arbeitszeit wird ab 1. Oktober 1918 auf 53 Stunden pro Woche verkürzt nebst Lohnausgleich von 2 Pf. pro Stunde. Um diesen Betrag erhöht sich ebenfalls der Mindestlohn.

In Straubing konnte mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Tarifvertrag erneuert werden. Neben einer weiteren Teuerungszulage von 10 Pf. pro Stunde erglerten wir einen Mindestlohn von 95 Pf., Arbeitszeitverkürzung am 1. Oktober 1918 auf 54 und ab 1. April 1919 auf 53 Stunden pro Woche nebst Lohnausgleich von 2 Pf. pro Stunde.

Bei der Firma Wolfenfer u. Co. in Schwaben bei Erding konnten wir für den Schreinerbetrieb eine Vereinbarung abschließen, wonach eine weitere Teuerungszulage für männliche und weibliche Arbeiter von 10 Pf., Mindestlohn von 95 Pf. für Schreiner und Maschinenarbeiter, 53 Pf. pro Stunde für Arbeiterinnen und eine Arbeitszeitverkürzung auf 53 Stunden pro Woche nebst Lohnausgleich von 2 Pf. erreicht wurde. Die Mindestlöhne erhöhen sich mit der Arbeitszeitverkürzung um den Betrag von 2 Pf. pro Stunde.

In Nibling wurde mit der neugegründeten Firma Bayerische Holzwerke G. m. b. H., Birstenholzfabrik und Holzsohlenfabrikation, der für die Birstenholzfabriken in Nibling geltende Tarifvertrag anerkannt und auf ein Jahr verlängert. Die Vereinbarung bringt den Arbeitern und Arbeiterinnen eine weitere Lohnzulage von 10 Pf. pro Stunde einen Mindestlohn von 95 Pf. für Maschinenarbeiter, 53 Pf. für Maschinenarbeiterinnen, 53stündige wöchentliche Arbeitszeit nebst Lohnausgleich von 4 Pf. pro Stunde. Auch hier erhöht sich der Mindestlohn bei Verkürzung der Arbeitszeit um diesen Betrag.

In Augsburg haben die Kollegen einen Antrag auf Verlegung von Klasse IV in Klasse III gestellt. Bei der am 11. Februar 1918 stattgefundenen Schlichtungskommissionssitzung, bei der auch Herr Knüllinger (München) anwesend war, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Sache wird zur endgültigen Entscheidung an die Zentralvorstände überwiesen.

Aus der Holzindustrie.

Wichtige Bekanntmachungen.

Die Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes in der vorigen Nummer über den Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse sollten von allen Kollegen aufmerksam beachtet werden. Durch die Einführung von Staffelleistungen sind hinsichtlich der Ansprüche der Mitglieder an die Unterstützungen des Verbandes Veränderungen eingetreten, deren Tragweite nicht von allen Kollegen sofort übersehen wurde. Nach dem jetzt geltenden Statut bestimmt für jede Zahlstelle eine Mitgliederversammlung die Beitragsklasse, doch können für den gleichen Ort auch verschiedene Beitragsklassen festgesetzt werden. Jedes Mitglied erwirbt den Anspruch auf Unterstützungen nach seiner Beitragsklasse erst dann, wenn es 52 Beiträge dieser Klasse gezahlt hat. Eine Ausnahme gilt nur für die Uebergangszeit. Die alten Mitglieder, die am 1. Juli bereits unterstützungsberechtigt sind, sollen die Unterstützung nach den Sätzen ihrer Beitragsklasse bereits erhalten, wenn sie 26 Wochenbeiträge entrichtet haben.

Nun kann der Fall eintreten, daß eine Zahlstelle beschloßen hat, vom 1. Januar an in die 80-Pf.-Klasse zu zahlen. Sie kommt aber bald zu der Ueberzeugung, daß es für die Mitglieder besser wäre, den 1-Mk.-Beitrag zu leisten, und sie beschließt demgemäß. Häufiger noch wird es passieren, daß in Zahlstellen mit mehreren Beitragsklassen, sagen wir mit 80-Pf.- und 1-Mk.-Beitrag, einzelne Kollegen, die zur 80-Pf.-Klasse gehören, nach Leistung einiger Beiträge dieser Klasse zur 1-Mk.-Klasse übertreten, um sich die höheren Unterstützungen zu sichern. Nach dem Wortlaut der neuen Bestimmungen wären alle diese Mitglieder vom 1. Juli 1918 an nur in der 80-Pf.-Klasse unterstützungsberechtigt. Nach den Sätzen der 1-Mk.-Klasse können sie erst unterstützt werden, wenn sie 52 Beiträge dieser Klasse gezahlt haben.

Sier setzt nun der Beschluß ein, den Vorstand und Ausschuß gemeinsam gefaßt haben. Er kommt den Mitgliedern entgegen, die erst nachträglich erkannt haben, daß es für sie vorteilhafter ist, in eine höhere Beitragsklasse zu zahlen. Auch sie sollen den Borzug der Uebergangszeit genießen und schon nach 26 Beitragswochen Unterstützungen nach den Sätzen der höheren Klasse beziehen, aber nur dann, wenn sie vor dem 1. April in die höhere Beitragsklasse übertreten sind. Wer noch nach dem 1. April, also im zweiten Quartal, Beiträge, oder sei es auch nur einen einzigen Beitrag, der niedrigeren Klasse zahlt und dann in die höhere Klasse übertritt, erlangt die Unterstützungsberechtigung nach den Sätzen der höheren Beitragsklasse erst, wenn er 52 Beiträge dieser Klasse gezahlt hat. Die Mitglieder, die in eine höhere Beitragsklasse übertreten wollen, tun also gut, ihren Entschluß bald auszuführen. Mit dem 1. April erlischt der Vorteil der Uebergangszeit, der ihnen ein Anrecht auf die höhere Unterstützung schon nach 26 Beitragswochen gewährt.

Während es sich hier um eine Einrichtlung nur für die Uebergangszeit handelt, soll der andere Beschluß, der die jugendlichen Mitglieder betrifft, dauernde Geltung haben. Der Verband nimmt keine Lehrlinge, wohl aber jugendliche Hilfsarbeiter auf, die einen niedrigeren Beitrag als erwachsene Arbeiter — 40 oder 60 Pf. — zahlen.

Bisher waren für die jugendlichen Mitglieder besondere Mitgliedsbücher im Gebrauch, die erst gegen ein ordentliches Mitgliedsbuch umgetauscht wurden, wenn das Mitglied mit Vollendung des 18. Lebensjahres vollmitglied wurde. Diese Einrichtung ist fortgefallen. Den neu eintretenden jugendlichen Mitgliedern wird bei der Aufnahme von der Ortsverwaltung ein gewöhnliches Mitgliedsbuch ausgestellt.

Mit Vollendung des 18. Lebensjahres müssen diese Mitglieder den am Ort eingeführten Beitrag der erwachsenen Mitglieder zahlen. Um ein Anrecht auf Unterstützung zu erlangen, müssen auch jugendliche Mitglieder erst 52 Beiträge gezahlt haben. Nur für Reiseunterstützung und Streikunterstützung sieht das Statut für sie und solche Mitglieder, die innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beitreten, besondere Erleichterungen vor. Eine weitere wertvolle Erleichterung bedeutet die neue Bestimmung, nach welcher jugendliche Mitglieder, die mit Vollendung des 18. Lebensjahres zu der höheren Beitragsklasse der männlichen Mitglieder übertreten, das Anrecht auf die Unterstützungssätze der höheren Klasse schon erlangen, nachdem sie für 26 Wochen den höheren Beitrag entrichtet haben. Natürlich steht es den jugendlichen Mitgliedern, die einen entsprechenden Verdienst haben, freischon vor Vollendung des 18. Lebensjahres freiwillig den höheren Beitrag zu leisten, wodurch sie das Anrecht auf höhere Unterstützung um so früher erlangen.

Diese Bevorzugung der jugendlichen Mitglieder bewegt sich auf derselben Linie wie die Steigerung der Unterstützungssätze nach längerer Mitgliedschaftsdauer. Sie ist eine Prämie für dem Verband bewiesene Treue. Es liegt im Interesse der von unserem Verband erstrebten Zwecke, daß ihm die Arbeiter und die Arbeiterinnen der Holzindustrie möglichst vollzählig zufließen. Jeder, der in der Holzindustrie seinen Erwerb sucht, hat die moralische Verpflichtung, vom Beginn der Beschäftigung an dauernd Mitglied der Organisation seiner Berufsangehörigen zu sein. Der jugendliche Arbeiter, der in den Betrieb eintritt, weiß das noch nicht, er kann den Vorteil, den ihm die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiter-Verband bringt, noch nicht übersehen. Darauf müssen ihn seine älteren Nebenarbeiter hinweisen. Sie müssen ihm zeigen, wie wertvoll es für ihn ist, dem Verband frühzeitig beizutreten. Die neue Bestimmung bringt den jugendlichen Arbeitern nicht zu unterschätzende Vorteile. Deshalb ist die Erwartung berechtigt, daß der wachsende Zudrang der jugendlichen Arbeiter zu unserm Verband noch eine weitere Steigerung erfährt.

Mißstände in der Geschloßorbmacherei im Nichtenfelder Bezirk.

Vom Gauvorstand in Nürnberg wird uns geschrieben: Die Schaffung des Geschloßorbtarifs hat die von ihm erhoffte Regelung der Arbeitsverhältnisse nicht in dem erwarteten Maße gebracht. Die Unternehmer haben sich anfangs der Aufforderung der Vergebungsstellen, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten, gefügt. Als sich aber zeigte, daß die Arbeiter nach dem Tarif mehr verdienen, da wurden wieder allerlei Kunstgriffe ver sucht, um den Verdienst herabzudrücken. In der Nichteinhaltung der Arbeitszeit in den meisten Betrieben tragen die Arbeiter vielfach selbst Schuld. Solange Kohlen und Licht nicht gebraucht wurden, wurde von morgens 6 Uhr bis zur Dunkelheit gearbeitet. Im Winter wurde Arbeit nach Hause genommen, um einen Rückgang des Verdienstes zu verhüten. Diese Erfahrungen haben viele Unternehmer veranlaßt, ihre Werkstätten zu schließen und die Arbeiter in der Heimarbeit zu beschäftigen. Sie ersparen dadurch nicht nur Miete, Heizung und Beleuchtung, sondern auch die Versicherungsbeiträge. Die Arbeiter geben sich damit zufrieden. Dabei werden die tariflichen Bestimmungen über die Heimarbeit unbeachtet gelassen. Dafür spielt das Zwischenmeister-system gegenwärtig eine große Rolle. allerlei Erfindungen, die früher mit der Korbmacherei nichts zu tun hatten, suchen Aufträge an Geschloßörben zu erlangen. Geht es nicht auf direktem Wege, dann werden Aufträge aus zweiter Hand übernommen. Dabei wird dann der Lohn gedrückt. Das Material wird zu teuer angerechnet und von den Arbeitern verlangt, daß sie Draht und Nägel umsonst stellen. Die Opfer dieser Blutsauger sind meist Kriegerfrauen und sonstige arme Menschen, die sich nicht zu helfen wissen. Sie sind um so wehrloser, als ihre Ausbeute meist noch in der Gemeinde einflußreiche Stellen bekleiden. Manche von diesen haben sich schon seit Ausbruch des Krieges auf die Geschloßorbherstellung geworfen und sind dabei reich geworden.

Soweit uns fahbare Mißstände bekanntwerden, bringen wir sie vor die Schlichtungskommissionen, wo die Unternehmer in der Regel verurteilt werden. In die Art, in welcher die Arbeiter geprellt werden, gewährt ein Bericht über eine solche Schlichtungssitzung einen interessanten Einblick. So war unter anderen in der Sitzung des Schlichtungsausschusses in Kronach am 8. Februar die Firma Hansl in Redwitz a. N. angeklagt. Sie zahlte den Gestellmachern ihrer Filiale in Kronach für Draht und Nägel 2 Pf. pro Stück, die Arbeiter in Redwitz erhielten überhaupt nichts. Die Firma wurde verurteilt, rückwirkend vom 1. Juli 1917 an für Draht und Nägel pro Stück 6 Pf. zu zahlen bzw. die Differenz nachzuschahlen. Künftig muß sie Draht und Nägel selbst stellen. — Der Unteraktordant Peter Hill in Rosten zahlte einem Arbeiter, den er erit anerkennt, für das Gestell statt 90 Pf. nur 65 Pf. und für das Ausziehen der Drillings statt 105 Pf. nur 60 Pf. Er wurde verurteilt, den einbehaltenen Lohn mit 214 Mk. nachzuschahlen. — Der Wolsgang Kamming in Altenkunstadt hat einer Frau in Massendorf statt 1,80 Mark nur 1,30 Mk. pro Stück gezahlt. Er wurde verurteilt, die Differenz für die ganze Zeit nachzuschahlen. — Der Wilhelm Bernschneider in Kronach hat durch den Vorsitzenden des Gewerbevereins Kronach einen größeren Auftrag in Drillingen erhalten und diesen an Heimarbeiterinnen weiterzugeben. Er zahlte ihnen statt 1,05 Mk. nur

75 Pf. und später 85 Pf. Er muß nun die Differenz nachzahlen. — Der Synag Bernschneider hat einen Teil seiner Arbeiterinnen aus der Werkstatt entlassen und sie in der Heimarbeit beschäftigt. Er lieferte ihnen unsortierte Hopfenroben, den halben Zentner zu 18 Mk., und zahlte für Ausziehen eines Drillings 1,50 Mk. Damit kamen die Arbeiterinnen nicht zurecht, weil das Sortieren des Materials sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Bernschneider wurde verurteilt, den entgangenen Arbeitsverdienst in Stundenlohn zu zahlen nach dem Durchschnittsverdienst gelehrter Arbeiterinnen. Künftig muß er das Material sortiert herausgeben und für das Ausziehen 1,05 Mk. zahlen. — Joh. Bapt. Pabstmann in Kronach und Bernh. Heublein in Neuses haben für das Ausziehen 45 bzw. 15 Pf. unter dem Tariflohn gezahlt. Mahnungen waren fruchtlos, und der Schlichtungssitzung sind die beiden unentschuldig ferngeblieben. Diese beiden Fälle wurden dem Tarifamt überwiesen.

Das sind so einige Beispiele dafür, in welcher Weise der Geschloßorbtarif umgangen wird. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Verstöße sehr zahlreich sind und nur ein kleiner Teil von ihnen vor den Schlichtungsausschuss gebracht wird. Wir ersuchen alle Geschloßorbarbeiter und -arbeiterinnen im Nichtenfelder Bezirk, mehr als seither auf die Innehaltung des Tarifs zu achten und über Differenzen zu berichten an den Gauvorsteher Lorenz Stein in Nürnberg, Breite Gasse 25/27.

Die Zahlstelle Köln

hat einen Bericht über ihre Tätigkeit in den Jahren 1916 und 1917 herausgegeben. Aus ihm geht hervor, daß in der Zahlstelle fleißig gearbeitet wurde, so daß trotz der schwierigen Verhältnisse Erfolge erzielt werden konnten. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1916 nur von 795 auf 805 gestiegen, am Schluß des Jahres 1917 waren es aber 1056 Mitglieder, darunter 51 weibliche und 16 jugendliche. Noch günstiger ist das Kassenergebnis. Die reinen Einnahmen der Hauptkasse stiegen von 26 026 Mk. im Jahre 1916 auf 34 814 Mk. im Jahre 1917. Die Lokalkasse hatte Ende 1916 einen Bestand von 33 169 Mk., 1917 einen solchen von 37 788 Mk.

Einen großen Raum nimmt die Berichterstattung über die Bemühungen zur Erlangung von Teuerungszulagen und zur Durchführung der abgeschlossenen Vereinbarungen ein. Aus den Einzelberichten ergibt sich, daß die Löhne in den verschiedenen Branchen und den einzelnen Betrieben noch sehr erhebliche Unterschiede aufweisen. Eine für die Zeit vom 20. bis 26. August aufgenommene Statistik über die Kosten des Lebensunterhalts für eine vierköpfige Familie ergab eine wöchentliche Ausgabe von 69,21 Mk. Das ergibt eine Jahresausgabe einschließlich 163,60 Mk. Steuern von 3762,52 Mk. Um diese in verschiedenen Posten recht niedrig angelegte Ausgabe zu bestreiten, ist ein Tagesverdienst von 12,54 Mk. oder bei neunstündiger Arbeitszeit ein Stundenverdienst von 1,39 Mk. erforderlich. Der Bericht folgert daraus mit Recht, daß die Löhne noch viel zu niedrig sind.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit war eine Zeitlang infolge Anordnungen, die vom Gouverneur der Festung erlassen waren, stark gehemmt, später gelang es, Erleichterungen zu erlangen. Interessant ist das Urteil der Verwaltung über das Hilfsdienstgesetz. Darüber heißt es im Bericht: „Weist dasselbe in manchen Fällen auch Härten für die Arbeiter auf, so ist auf der anderen Seite manches Gute geschaffen worden, und wo es die Arbeiter verstanden haben, sind zum Teil wesentliche Verbesserungen in Arbeitsverhältnissen eingetreten.“ Recht günstig lautet auch das Urteil über den Schlichtungsausschuss. Ursprünglich waren drei Schlichtungsausschüsse tätig, die später zu einem zusammengelegt wurden. Nach dem Bericht wurden die meisten Klagen zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt.

Mit der Neuordnung der Beiträge und der Unterstützungen im Verband ist man in Köln nicht sehr zufrieden. Das hat auch die Urabstimmung gezeigt, bei welcher 260 Mitglieder mit Ja und 456 mit Nein stimmten. Auch im Bericht wird die getroffene Änderung und ihre Vorbereitung verschiedentlich kritisiert. Der Berichterstatter empfiehlt aber den Kollegen, sich loyal den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen. Im Schlußwort heißt es: „Gewiß hat die Neuorientierung innerhalb unseres Verbandes nicht überall das Richtige getroffen, aber bei ruhiger Würdigung der Gesamtlage muß man doch anerkennen, daß für die übergroße Mehrzahl der Mitglieder im Gesamtverband sehr vieles besser geworden ist. Jedenfalls sind die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die bisher für einen Teil der Mitglieder bestanden, beseitigt worden, und die Kollegen, besonders in den Großstädten, werden es erit dann richtig erkennen, wenn große Kämpfe durchgeführt und große Arbeitslosigkeit beseitigt werden müssen.“

Aus der Möbelindustrie in Holland.

Das „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“ veröffentlicht einen vom 26. November 1917 datierten Brief des Kollegen F. v. d. Walle, des Vorsitzenden des Niederländischen Möbelarbeiter-Verbandes, dem wir das Folgende entnehmen:

Die Lage der holländischen Möbelindustrie ist noch immer gut zu nennen, doch ist die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht mehr so groß, wie dies in den letzten zwei Jahren der Fall gewesen ist. Die Möglichkeit, Kriegsgewinne einzubehalten, hat sich verringert, und die Anzahl von Kapitalisten und anderen, die ihre besonderen Gewinne in schönen und teuren Möbeln umsetzen, vermindert sich erheblich. Die allgemeinen Zustände in Holland werden immer schlechter, und namentlich für die Arbeiterklasse sind die Zeiten schwer. Die Lebensmittelfrage bereitet uns viele Sorgen, aus dem Grunde, weil an sehr vielen unentbehrlichen Nahrungsmitteln ein Mangel herrscht.

Die Niederlande werden an allen ihren Grenzen „besiegt“ durch die Erobermächte, mit dem Resultat, daß die Zufuhr zur See lahmgelegt ist und wegen Kohlenmangels viele Fabriken stillstehen. Alle Lebensmittel sind rationiert worden, während die Regierung große Summen zur Verfügung stellt, damit die Lebensmittel zu niedrigen Preisen

verteilt werden können. Gegenwärtig steht die Ernährungsfrage im Parlament erneut zur Verhandlung, und wird vom Landwirtschaftsminister wiederum ein Kredit von 300 Millionen Gulden für diesen Zweck verlangt. Unsere Gewerkschaftszentrale hat sehr stark hierfür agitiert und in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die ganze Kriegszeit hindurch eine entschlossene Agitation geführt, die uns viele Erfolge gebracht hat. Trotzdem wird es für die Arbeiterklasse immer schwerer, und wünschen wir nichts sehnlicher als baldigen Frieden in Europa.

In unserem Kampfe gegen die besitzende Klasse schließen sich immer größere Gruppen von Arbeitern uns an. Die Mitgliederzahl unserer Landeszentrale, des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, steigt denn auch schnell, aber auch unser Möbelarbeiter-Verband zeigt dasselbe Bild, wie folgende Zahlen beweisen:

	Gewerkschaftsbund	Möbelarbeiter-Verband
1914, Januar . . .	84 434	2285
1915, " . . .	87 611	2543
1916, " . . .	100 361	2932
1917, " . . .	129 023	3909
1917, November . .	151 415	4755

Holland ist, obwohl ein kleines Land, sehr sektiererisch, und es folgt daraus, daß auch die Arbeiterklasse immer gespalten ist. Wir haben deshalb nicht weniger als vier Gewerkschaftsrichtungen, nämlich unseren Gewerkschaftsbund, die Römisch-Katholischen, die Christlichen und die Syndikalisten. Auch in unserer Industrie sind alle diese vier Richtungen vertreten. Die Syndikalisten (300 Mitglieder) sind die schwächsten und stellen nichts vor, leiden aber an großen Worten keinen Mangel. Die Römisch-Katholischen (807 Mitglieder) sind durch die Hilfe der Geistlichen etwas geworden, während die Christlichen (1143 Mitglieder) ihre Organisation auf das gesamte Holzgewerbe ausdehnen, um auf diese Weise zu einer nennenswerten Mitgliederzahl zu gelangen.

Unser Verband erstreckt sich nicht auf alle im Holzgewerbe Beschäftigten, aus dem Grunde, weil hier für die in Sägereien und im Holzhandel beschäftigten Arbeiter der Fabrikarbeiter-Verband zuständig ist. Wir besaßen uns denn auch in der Hauptsache nur mit dem Möbel- und dem Tapezierergewerbe.

Unsere Tarifvereinbarung für die Möbelindustrie im letzten Sommer hat sehr große Verbesserungen für die Gesamtheit der Möbelarbeiter einschließlich der Tapezierer gebracht. Sie gilt für 501 Arbeitgeber mit 4500 Arbeitern. Die Lohnsteigerung, die durch sie erzielt worden ist, beträgt für 117 Kollegen 1 Cent pro Stunde, für 347 Kollegen 2 Cents, für 2540 Kollegen 3 Cents, für 493 Kollegen 4 Cents, für 242 Kollegen 5 Cents und für 135 Kollegen über 5 bis 10 Cents pro Stunde. Außerdem erhöhen sich am 3. März 1918 alle Löhne weiter um 2 Cents und am 4. März 1918 nochmals um 1 Cent pro Stunde.

Die Arbeitszeit ist für das ganze Land auf höchstens zehn Stunden täglich festgesetzt. Für den Neujahrstag, Ostern, Himmelstahrtstag, Pfingsten und Weihnachten wird, sofern sie nicht auf einen Sonntag fallen, gleichfalls Lohn gezahlt. In einem der Sommermonate erhalten alle Arbeiter drei Tage Urlaub mit fortlaufendem Lohn.

Die Durchführung dieser Verbesserungen, namentlich des Minimallohnes, stößt bei den Arbeitgebern auf großen Widerstand, so daß es zu mehreren Streiks gekommen ist, die teilweise bis zehn Wochen gedauert haben.

Nach dieser Aktion ist unser Einfluß jetzt so gestiegen, daß die Arbeitgeber mehr als jemals mit unserem Verband rechnen müssen. Bis zum Ablauf der Vertragsdauer werden sie sich wohl noch stärker organisiert haben, um sich weiteren Verbesserungen kräftiger zu widersetzen.

Soziale Rechtspflege.

Die Versicherungspflicht der Kriegsverletzten in der Invalidenschule.

Die Frage, ob Kriegsverletzte, die in einer Invalidenschule für einen Beruf ausgebildet werden, versicherungspflichtig sind, erscheint zweifelhaft. Auf die Anfrage einer

staatlichen Invalidenschule hat das Reichsversicherungsamt, vorbehaltlich instanzmäßiger Entscheidung, diese Frage verneint und am 27. November 1917 seine Ansicht folgendermaßen begründet: „Was zunächst die Unfallversicherung betrifft, so läßt sich zwar aus den dargelegten Verhältnissen nicht bestimmen, welche Gegenstände in den Werkstätten hergestellt und ob Dampfkegel oder von elementarer oder tierischer Kraft bewegte Triebwerke dabei verwendet werden. Hierauf kommt es aber nicht weiter an. Da durch gewinnbringende Arbeiten die Unterhaltskosten der Schule nur zum geringsten Teil gedeckt werden, sind die Werkstätten nicht als gewerbmäßige Betriebe anzusehen. Sie könnten danach offenbar nur als Motorbetriebe unter die Unfallversicherung fallen (zu vergleichen §§ 537, 538 der Reichsversicherungsordnung). Wodurch würden von der Versicherungspflicht die Personen erfasst werden, welche mit den Motoren oder den von diesen bewegten Arbeitsmaschinen in Verbindung kommen, aber unter der Voraussetzung, daß sie als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder als Betriebsbeamte im Sinne der §§ 544, 545 der Reichsversicherungsordnung anzusehen sind. Letzteres trifft bei den Schülern der Invalidenschule nicht zu, da sie ausschließlich zur Ausbildung in den lediglich Lehr- und zweckdienenden Werkstätten beschäftigt werden. Hieran ändert auch der Umstand nichts, daß einigen von ihnen bei guten Arbeitsleistungen Prämien ausbezahlt werden. Der Unfallversicherung unterliegen die Schüler der Invalidenschule danach nicht. Das gleiche gilt von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und der Krankenversicherung, da die Schüler aus dem gleichen Grunde auch hier keiner der unter die Versicherung fallenden Gruppen von Personen (zu vergleichen §§ 165 ff., 1226 ff. der Reichsversicherungsordnung) zuzurechnen sind.“

Die Begründung, welche das Reichsversicherungsamt seiner Auffassung gibt, ist einleuchtend, und für die in Betracht kommenden Invaliden mag es für den Augenblick ein Vorteil sein, wenn sie von der Beitragspflicht befreit sind. Die Verneinung der Versicherungspflicht bedingt aber unter Umständen erhebliche Nachteile, so daß den in Frage kommenden Personen nur empfohlen werden kann, ihre Versicherung, wo das noch möglich ist, aufrechtzuerhalten oder sich freiwillig zu versichern.

Gewerkschaftliches.

Tarifverlängerung im Malergewerbe.

Am 7. und 8. Februar fanden im Reichswirtschaftsamt Verhandlungen über die Verlängerung des am 15. Februar ablaufenden Tarifvertrages statt. Die Vertreter der Arbeiter forderten eine weitere Teuerungszulage von 20 Pf. pro Stunde. Bisher ist während des Krieges im Jahre 1916 eine Teuerungszulage von 5 und 6 Pf. und im Juni 1917 eine weitere im durchschnittlichen Betrage von 13 Pf. bewilligt worden. Das Ergebnis der jetzigen Verhandlungen war die Verlängerung des Vertrages um ein Jahr. Vom 15. März an wird in den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern eine Teuerungszulage von 15 Pf., in den übrigen Orten eine solche von 10 Pf. bewilligt; dazu kommt am 1. Juni 1918 eine weitere Zulage von 5 Pf. pro Stunde an allen Orten. Sonderzulagen, die seit dem 1. Oktober 1917 vereinbart worden sind, können auf die am 15. März fällige Zulage angerechnet werden.

Der Böttcher-Verband beruft einen Verbandstag auf die Tage vom 17. bis 19. Juni nach Würzburg. Auf der Tagesordnung steht unter anderem „Revision der Beitrags- und der Unterstützungseinrichtungen“. Hierzu schlägt der Vorstand eine Erhöhung der Beiträge von 60 auf 85 Pf. vor. In entsprechender Weise sollen die Unterstützungen erhöht werden.

Der Kürschner-Verband hatte vor Ausbruch des Krieges 2776 männliche und 1225 weibliche Mitglieder. Bis zum Schluß des Jahres 1916 war die Mitgliederzahl auf 877

männliche und 700 weibliche zurückgegangen. Das Jahr 1917 brachte einen weiteren Rückgang auf 764 männliche und 686 weibliche Mitglieder. Beim Militär befinden sich 1907 Mitglieder. Der Verband hat im Jahre 1917 48 000 Mark eingenommen und 44 437 Mark ausgegeben, sein Vermögen betrug am Jahreschluß 88 559 Mark.

Im Verband der Lithographen und Steindrucker wurde im März eine Umabstimmung statt, bei welcher den Mitgliedern die folgende Frage vorgelegt wird: „Stimmen Sie für Beitragserhöhung ab 1. April 1918 von wöchentlich 20 Pf. für Mitglieder, die 1,30 Mark, 1 Mark oder 60 Pf. zahlen; von 10 Pf. für solche Mitglieder, die 80, 45 oder 40 Pf. zahlen, zur Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeiten und Einführung der vollen statistischen Heife, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung und des vollen Sterbegeldes vom 1. Juli 1918 an?“

Der Metallarbeiter-Verband hat wieder 400 000 Mitglieder überschritten. Schon vor dem Krieg war der Deutsche Metallarbeiter-Verband die größte Gewerkschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, und dieser Ruf hat er sich während der Kriegszeit gewahrt. Bei Ausbruch des Krieges hatte er 531 991 Mitglieder. Infolge der zahlreichen Einberufungen war die Mitgliederzahl bis Ende 1915 auf 234 360 zurückgegangen, und Ende 1916 betrug sie erst wieder 247 360. Nach den wöchentlichen Erhebungen über den Mitgliederstand hatte aber der Verband bereits gegen Ende April vorigen Jahres das dritte Hunderttausend wieder überschritten; am Ende des Jahres 1917 betrug die Mitgliederzahl etwa 390 000, und nach der neuesten Uebersicht war Anfang Februar das fünfte Hunderttausend begonnen worden. Die Hoffnung, daß es dem Verband auch bei Fortdauer des Krieges gelingen wird, den Mitgliederstand, den er vor dem Kriege hatte, bald wieder zu erreichen, scheint durchaus begründet. Dabei ist zu beachten, daß 427 055 Mitglieder des Verbandes zum Heeresdienst eingezogen wurden, von denen 107 493 wieder entlassen sind.

Bei der Bewertung der Mitgliederzahlen muß freilich das ungeheure Agitationsgebiet des Metallarbeiter-Verbandes in Betracht gezogen werden, das während des Krieges wohl noch eine Erweiterung erfahren hat. Deswegen dürfte das Wachstum der Organisation hoch erfreulich.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2, bezogen werden.

Die Geburt der Vernunft. Von Professor Dr. Johann Plenge. Verlag von Julius Springer, Berlin. Preis 3 Mark.

Der Band enthält die Zusammenstellung einiger Aufsätze, die vorher in der „Globe“ veröffentlicht worden sind. Sie beschäftigen sich mit Fragen des künftigen Friedens. Der Verfasser sagt darüber im Vorwort: „Man wird es beim Lesen bald merken, daß diese manchmal so philosophisch anmutenden Aufsätze durchaus praktisch gedacht sind, und daß sich sogar eine Praxis von unheimlicher Wucht und Größe aus der inneren Energie der Vernunftbewegung und aus dem Momentum der Werbensreihe einer großen Weltgeschichtsbetrachtung zur Wirklichkeit drängt.“

Der Bibliothekar und Ratgeber für Hausbibliotheken. Diese empfehlenswerte Zeitschrift beginnt jetzt ihren zehnten Jahrgang. Sie ist nützlich für jeden Bücherfreund und die der Verwalter von Arbeiterbibliotheken unentbehrlich. Sie von Gustav Hennig, Leipzig-Connewitz, Hildebrandstr. 3, herausgegebene Zeitschrift erscheint jährlich in sechs Doppelnummern. Der Abonnementspreis beträgt jährlich 3 Mark.

Briefkasten.

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Erforbene Mitglieder.

- Michael Sorg, Schreiner, 30 Jahre, gest. in Rosenheim.
- Jean Lang, Glaser, 53 Jahre, gest. in Offenbach a. M.
- Otto Kob. Käppler, Tischler, 57 J., gest. in Freiberg (Sachsen).
- Karl Weller, gest. in Duisburg.

Ehre ihrem Andenken.

Karl Schöne, Schreiner, geb. 26. 12. 1861 in Grottel, legter Aufenthalt in der Provinz, wird aus Anlaß seiner Waise gebeten, die ihm zugehörigen Sachen, wozu die Karte gehört, an die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung, Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2, zu übersenden.

Bau- und Sargtischler stellt ein E. Kahle, Rosenberg (Ostpreußen).

Tüchtige Tischler sofort gesucht. Niederländische Tischfabrik, Mänder am Deister.

Geschickter Schreiner, auch Kriegsinvalid, sofort gesucht. Korbhauer, Hildburghausen.

Leinwandpolierer und Bergolder für rohe Leinwand gesucht. Reflektiert wird auf erste Kraft, die später die Werkstätte übernehmen kann. Selbstige Angebote sind zu richten an H. Adam, Dresden, Johannesstraße 11.

Lehrer

Lehrer für die Holzverarbeitung verlangt. Alphonse ... & Co., Berlin S. 34, Gubenstr. 47.

Fertigmacher sucht Küchenmöbelfabrik Leop. Meßmann, Köln-Nippes, Geldernstr. 55.

Tüchtiger Holzdrehler sofort gesucht durch den Arbeitsnachweis d. Zahlstelle Meßa.

Für meinen eingezogenen Bergoldermeister suche ich sofort Erfas. Franz Edert, Rahmenfabrik, Buchholz (Sachsen.)

Drei tüchtige Korbmacher auf Grün, Geflochten und Mattarbeit sofort gesucht. Fritz Kamrath, Osterburg (Altmark).

Korbmacher auf Fleischerkörbe gesucht von Reinhold Hoffmann, Weidenschälerei und Korbfabrik in Umrathstadt (Provinz Posen.)

Bürstenmacher gesucht. A. Disten Ww., Barmen.

Siehe unten

Holzarbeiter-Zeitung 1917

Die Holzarbeiter-Zeitung 1917 ist ein hervorragendes Werk, das in gutem Einverständnis mit dem Reichsversicherungsamt herausgegeben wurde. Der Preis beträgt 50 Pf. Bestellungen werden mit den Buchhändlerverwaltungen bzw. an unterzeichnete Adressen, auch von den Jahrgängen 1916 bis 1918, an eine kleine Posten vorläufig.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Leim kauft jedes Quantum Bernh. Fischer Ww., Herford.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie.

Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals. 1012 S., 763 G., Gebd. 6,50 Mark.

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Östpreussisches Sagenbuch, gebunden 80 Pf.

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD

Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen

Befähigt von vielen Kriegsebeschäftigten für vorgeschrittenen Auskunst durch die Direktion: B. Kolscher

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Veranstaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 16. Februar, bis Freitag, 22. Februar 1918.

A = Im Laufe der Woche besuchte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeindefreie Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauarbeiter			Maler			Polierer			Drehler			Sonstige			Insgesamt						
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C							
Berlin . . .	9	—	58	37	—	76	39	—	83	10	—	38	—	—	6	66	—	123	161	—	284	
Bremen . . .	—	2	—	—	5	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	8	10	—	1	11	—	21
Breslau . . .	—	2	—	—	1	8	—	—	1	2	—	1	3	—	—	1	5	—	1	4	—	20
Celle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Cheumnitz . . .	—	—	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eilenburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Forst . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kübeck . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen . . .	14	11	68	52	77	76	46	9	84	15	8	38	—	2	6	78	26	133	207	—	340	
Vor. Woche . . .	9	15	58	61	90	82	51	5	89	7	8	53	—	3	4	86	21	147	217	—	364	

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, mit den paritätischen Arbeitsnachweisen zu kooperieren.